

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des Sekretariats
für den Konvent

Betr.: **Reaktionen auf den Entwurf der Artikel 24 bis 33 des Verfassungsvertrags**
– **Zusammenfassende Darstellung**

Die Mitglieder des Konvents erhalten anbei Übersichten über die Änderungsvorschläge betreffend die Artikel 24 bis 33 (CONV 571/03).

ÜBERSICHT ÜBER DIE GESAMTHEIT DER ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE

Die Mitglieder des Konvents haben 237 Änderungsvorschläge zum Entwurf der Artikel 24 bis 33 vorgelegt.

Zunächst einmal ist zu berücksichtigen, dass viele dieser Änderungsvorschläge im Hinblick auf die Bezeichnung der Rechtsakte oder der Verfassung selbst, die Hinzufügung eines neuen Rechtsakts (z.B. Organgesetz, Richtlinie) oder die Definition eines bestimmten Rechtsakts (z.B. Begrenzung der Verwendung von Verordnungen für delegierte Rechtsakte oder deren Einordnung als Gesetzgebungsakte) von horizontaler Tragweite sind. Diese sehr zahlreichen Änderungsvorschläge betreffen eine begrenzte Menge von Themen.

Zu folgenden Fragen wurden die meisten Änderungsvorschläge vorgelegt:

1. Was den Katalog der Rechtsakte betrifft, so bestätigen die Änderungsvorschläge den Ansatz, der darin besteht, zwischen Gesetzgebungsakten und Rechtsakten ohne Gesetzgebungscharakter zu unterscheiden. Einige fügen zu diesen vorgeschlagenen Rechtsakten weitere hinzu. Mehrere Konventmitglieder beantragen, eine Kategorie von Verordnungen vorzusehen, die dieselben Merkmale aufweist wie die bisherige Richtlinie, um somit in dem nicht unter die Gesetzgebung fallenden Bereich über ein hinsichtlich des Ergebnisses für die Mitgliedstaaten bindendes, hinsichtlich der zu verwendenden Mittel aber flexibles Instrument zu verfügen.
2. In vielen Änderungsvorschlägen werden Ausnahmen von der generellen Regel, wonach die Gesetzgebungsakte nach dem Gesetzgebungsverfahren angenommen werden, abgelehnt. In anderen Vorschlägen werden Ausnahmen zwar zugelassen, aber gewisse Bedenken hinsichtlich der Tragweite der generellen Regel geäußert; in diesen Vorschlägen wird beantragt, dass die Ausnahmen klar spezifiziert werden. In einigen dieser Vorschläge wird in Bezug auf die Ausnahmen beantragt, dass das Europäische Parlament angehört wird und dass die Kommission die Gesetzgebungsinitiative wahrnimmt. Alle diese Änderungsvorschläge bestätigen letztendlich, dass das Gesetzgebungsverfahren die generelle Regel für die Annahme der Gesetzgebungsakte sein muss.
3. Was diese delegierten Rechtsakte betrifft, so wurden zahlreiche Änderungsvorschläge betreffend die Anwendungsvoraussetzungen vorgelegt, in denen vor allem die Abschaffung der Möglichkeit beantragt wird, dass eine delegierte Verordnung nach einer bestimmten Frist hinfällig wird ("sunset clause"). Mehrere Änderungsvorschläge betreffen auch die Definition der delegierten Verordnung. Letztendlich laufen alle diese Vorschläge aber darauf hinaus, die vorgeschlagene Einführung dieser Art von Rechtsakt zu unterstützen.

4. Was die Durchführungsrechtsakte betrifft, so konzentrieren sich die Änderungsvorschläge zumeist auf die Kontrollmodalitäten und das Verfahren für deren Annahme. Sie sind untereinander widersprüchlich: einige möchten das bisherige Verfahren wieder einführen (einstimmiger Beschluss des Rates nach Stellungnahme des Parlaments); andere möchten mit dem betreffenden Artikelentwurf das bisherige Komitologie-Verfahren ändern oder sogar abschaffen.

ÜBERSICHT ÜBER ALLE ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE ZU TITEL V

Bezeichnung der Rechtsakte

Einige Änderungsvorschläge sehen alternative Bezeichnungen vor:

Gesetz der Europäischen Union, Rahmengesetz der Europäischen Union usw. (Vorsch. 5

Belohorská u.a. sowie Vorsch. 6 Andriukaitis u.a.)

EU-Gesetz, EU-Rahmengesetz usw. (Vorsch. 10, 57, 102, 115, 171, 208, 233 Hjelm-Wallén u.a.)

Gesetz der Union, Rahmengesetz der Union usw. (Vorsch. 52 Kelam u.a.)

Gesetz der Europäischen Gemeinschaft usw. (Vorsch. 14, 53, 199 Kirkhope)

Streichung des Adjektivs "europäisch" vor Gesetz, Rahmengesetz usw. (Vorsch. 8, 124, 211, 235 Fini)

Bezeichnung der Verfassung

Einige Änderungsvorschläge zielen darauf ab, die Bezugnahmen auf die Verfassung zu ersetzen durch: Verfassungsvertrag (Vorsch. 5 Belohorská u.a.), Vertrag (Vorsch. 12 und 85 Queirò) oder auch vereinfachter Vertrag (Vorsch. 14, 53, 199 Kirkhope)

Schaffung einer Kategorie von Organgesetzen

Einige Änderungsvorschläge zielen auf die Schaffung einer neuen Art von Rechtsakt ab, nämlich das Organgesetz, das zu den bereits vorgeschlagenen Arten von Rechtsakten hinzukäme. Diese Vorschläge betreffen mehrere Artikel. Es handelt sich um die Vorschläge 17, 69, 132, 212 Michel u.a., 18, 55 Duff u.a., 19, 82, 210 und 223 Lequiller, 20 Kaufmann und 81 de Villepin.

Änderung des Titels

Einige Änderungsvorschläge betreffen die Änderung des Titels dieses Abschnitts (Vorsch. 1 Lequiller und 2 Lopes und Lobo Antunes), andere zielen auch auf die Änderung der Bezeichnung "Rechtsakte" durch "(Rechts-)Instrumente" (Vorsch. 7 Queirò, 20 Kaufmann) ab.

Systematik des Titels sowie des Artikels 24

Einige Änderungsvorschläge weichen in unterschiedlich starkem Maße von der Logik ab, die Artikel 24 und Titel V zugrunde liegt: Die Unterscheidung zwischen Gesetzgebungsakt und Rechtsakt ohne Gesetzgebungscharakter wird in den Vorschlägen 10 Hjelm-Wallén u.a. sowie 14 Kirkhope nicht gemacht.

Die Vorschläge Farnleitner (16, 94, 114, 149, 209 und 224) beinhalten eine Unterteilung in bindende Rechtsakte (Gesetzgebungsakte und Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter) und nicht bindende Rechtsakte. Die Richtlinie gehört neben der Verordnung und dem Beschluss zu den

Rechtsakten ohne Gesetzgebungscharakter.

Die Vorschläge Michel u.a. (17, 101, 155 und 212) zielen darauf ab, das Organgesetz einzuführen und die Verordnung dem delegierten Rechtsakt und den Beschluss dem Durchführungsrechtsakt vorzubehalten.

Die Vorschläge Duff u.a. (18, 99) zielen darauf ab, das Organgesetz einzuführen, dem delegierten Rechtsakt Gesetzgebungscharakter zuzuweisen und den Rechtsakt "ohne Gesetzgebungscharakter" "Exekutivrechtsakt" zu nennen.

Der Vorschlag 47 Wittbrodt u.a. zielt darauf ab, eine Unterscheidung zwischen bindenden und nicht bindenden Rechtsakten hinzuzufügen.

Offene Koordinierungsmethode

Zwei Änderungsvorschläge zielen darauf ab, in diesen Titel V eine Bestimmung über die offene Koordinierungsmethode einzufügen: Vorschl. 48 Villepin und 237 Gabaglio.

Transparenz

Einige Änderungsvorschläge zielen darauf ab, das Erfordernis der Transparenz bei der Annahme aller Rechtsakte der Union einzuführen: Vorschl. 3 Chabert u.a., 47 Wittbrodt und Fogler und 50 Brok u.a.

ÜBERSICHT ÜBER DIE ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE ZU ARTIKEL 24

Rahmengesetz

Einige Änderungsvorschläge zielen auf dessen Streichung ab (Vorsch. 14 Kirkhope, 21 Bonde und Seppänen, 25 Stockton).

Anderen Vorschlägen zufolge soll im Rahmengesetz eine Frist für die Umsetzung in nationales Recht festgelegt werden (Vorsch. 22 Duhamel u.a., 23 Duhamel u.a., 24 Lamassoure). Einige Vorschläge zielen darauf ab, die Rahmengesetze nicht allzu detailliert zu fassen (Vorsch. 26 Wuermeling und Altmaier, 27 Teufel).

Vorsch. 28 Muscardini: zielt auf einen alternativen Wortlaut für das Rahmengesetz ab.

Vorsch. 29 Gabaglio: zielt darauf ab, dass es den Mitgliedstaaten nicht freistehen soll, welche Mittel ihnen zur Umsetzung eines Rahmengesetzes zur Verfügung stehen.

Vorsch. 30 Chabert u.a.: weist auf die Rolle hin, die bestimmten Gebietskörperschaften bei der Umsetzung der Rahmengesetze in nationales Recht zukommt.

Verordnung

Einige Änderungsvorschläge zielen auf deren Streichung ab (Vorsch. 14 Kirkhope, 25 Stockton, 31 Heathcoat-Amory); Vorsch. 32 Hain zielt auf deren Streichung, allerdings nur als unmittelbar auf die Verfassung gestützten Rechtsakt, ab.

Mehrere Vorschläge zielen darauf ab, eine Art der Verordnung hinzuzufügen, deren Merkmale denen der bisherigen Richtlinie entsprechen. Es handelt sich um die Vorsch. 16 Farnleitner (zielt auf einen besonderen Rechtsakt mit der Bezeichnung "Richtlinie" ab), 37 Santer u.a. (zielt auf die Rahmenverordnung ab), 38 De Vries und De Bruijn, 39 Tiilikainen u.a., 40 Schlüter und 41 Dam Kristensen (zielen auf die Hinzufügung der Definition unter der Bezeichnung "Verordnung" ab).

Andere Vorschläge zielen darauf ab, einige Teile der Definition der Verordnung zu ändern:

Vorsch. 34 Queirò und 18 Duff u.a. weisen den delegierten Verordnungen Gesetzgebungscharakter zu, während Vorsch. 17 Michel u.a. die Bezeichnung "Verordnung" den delegierten Rechtsakten vorbehält. Gemäß den Vorsch. 35 Kohout und 36 Costa et d'Oliveira sollen die Verordnungen nicht der unmittelbaren Durchführung der Verfassung dienen.

Beschluss

Einige Änderungsvorschläge zielen auf dessen Streichung ab (Vorsch. 14 Kirkhope, 25 Stockton).

Vorsch. 42 Queirò zielt darauf ab, die bisherige Definition aufzugreifen, die beinhaltet, dass der Beschluss stets an bestimmte "Empfänger" gerichtet ist.

Begrenzung der Inanspruchnahme atypischer Rechtsakte: Entwurf des Artikels 24 Absatz 2:

Mehrere Änderungsvorschläge zielen auf die Streichung dieses Absatzes ab: 2 Lopes und Lobo Antunes, 13 Fayot, 20 Kaufmann, 37 Santer u. a., 44 Borrell u. a., 45 De Vries und De Bruijn.

Andere zielen darauf ab, ihn nach Artikel 25 zu verschieben: 35 Kohout, 39 und 77 Tiilikainen u. a..

Vorsch. 46 Azevedo und Nazaré Pereira zielt auf einen alternativen Wortlaut ab.

Sonstige Änderungsvorschläge:

Vorsch. 11 Borrell u. a. : die Liste der Rechtsakte soll erschöpfend sein

Vorsch. 13 Fayot: die Zuständigkeiten werden "durch die Verfassung übertragen "

Vorsch. 21 Bonde und Seppänen: es soll eine Frist für die Gesetze vorgesehen werden.

Vorsch. 43 De Vries und de Bruijn : Stellungnahmen sollen abgeschafft werden.

Vorsch. 49 Fayot : in diesem Kapitel soll der politischen Tätigkeit des Europäischen Rates Rechnung getragen werden.

Vorsch. 9 Pieters : sprachliche Änderung.

ÜBERSICHT ÜBER DIE ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE ZU ARTIKEL 25

Modalitäten des Gesetzgebungsverfahrens

Mehrere Änderungsvorschläge zielen darauf ab, in Artikel 25 nähere Einzelheiten zum Gesetzgebungsverfahren hinzuzufügen. Vorschl. 55 Duff u.a.: es soll eine Beschreibung des vollständigen Verfahrens eingefügt werden. Vorschl. 56 De Vries und de Bruijn und 59 Queiró: es sollen Einzelheiten zum Vermittlungsverfahren eingefügt werden.

Vorschl. 66 Meyer, 67 Dini u.a. und 68 Duhamel u.a.: Angabe der erforderlichen Mehrheiten im Parlament und im Rat.

Vorschl. 69 Michel u.a., 70 Brok u.a., 76 Voggenhuber u.a. und 86 Wittbrodt und Fogler: Hinweis auf die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat.

Besondere Modalitäten des Gesetzgebungsverfahrens

Zahlreiche Änderungsvorschläge zielen auf die Streichung von Besonderheiten im Hinblick auf die unter die dritte Säule fallenden Bereiche ab: 53 Kirkhope, 54 Kaufmann, 58 Borrell u.a., 66 Meyer, 67 Dini u.a., 68 Duhamel u.a., 69 Michel u.a., 70 Brok u.a., 71 Paciotti.

Einführung von Besonderheiten auch für den GASP- und den Verteidigungsbereich (Vorschl. 63 Santer u.a.) sowie für die Sozial- und Steuerpolitik (Vorschl. 62 Jacobs).

Ausnahmen vom Gesetzgebungsverfahren

In zahlreichen Änderungsvorschlägen werden Ausnahmen von der generellen Regel, nämlich dass Gesetzgebungsakte nach dem Gesetzgebungsverfahren angenommen werden, abgelehnt: 53 Kirkhope, 54 Kaufmann, 55 Duff u.a., 66 Meyer, 67 Dini u.a. 68 Duhamel u.a., 69 Michel u.a., 70 Brok u.a., 71 Paciotti, 72 Lamassoure, 73 Borrell u.a., 74 Costa und d'Oliveira, 75 Stockton, 76 Voggenhuber u.a..

Einige Änderungsvorschläge zielen darauf ab, dass die Ausnahmen in der Verfassung genannt werden; dabei handelt es sich um folgende Vorschläge: 61 Kohout, 70 Brok u.a. (zielt im Übrigen darauf ab, dass nach Überschreiten einer Frist von 5 Jahren die generelle Regel zur Anwendung kommt) 77 Tiilikainen u.a. und 80 De Vries und de Bruijn.

Einige Änderungsvorschläge zielen darauf ab, dass in den Ausnahmefällen das Europäische Parlament stets angehört wird: 78 Fischer, 79 Kuneva und 77 Tiilikainen u.a.. In den beiden letztgenannten Vorschlägen ist auch die Initiative der Kommission vorgesehen

Transparenz

Absatz 3 betreffend die Transparenz des Gesetzgebungsverfahrens ist Gegenstand einiger Änderungsvorschläge, die auf einen alternativen Wortlaut abzielen: 54 Kaufmann, 55 Duff u.a. 61 Kohout, 65 Fini, 76 Voggenhuber u.a., 83 Bonde u.a. und 84 Fayot.

Anhörung des AdR und des WSA

In mehreren Änderungsvorschlägen wird darauf hingewiesen, dass diese Ausschüsse angehört werden müssen, wenn die Verfassung dies vorsieht: Vorsch. 70 Brok u. a., 86 Wittbrodt und Fogler, 87 Teufel, 77 Farnleitner und 89 Chabert u. a..

Sonstige Änderungsvorschläge

Vorsch. 51 Queiró: Änderung des Titels durch "Annahme der Gesetzgebungsakte". Vorsch. 53 Kirkhope: Einführung einer Gesetzgebungsinitiative des Parlaments.

Vorsch. 58 Borrell u.a.:bestätigt die Befugnis des Parlaments und des Rates, die Kommission um eine Gesetzgebungsinitiative zu ersuchen.

Vorsch. 83 Bonde u.a.: Einbeziehung der einzelstaatlichen Parlamente in das Verfahren zur Annahme der Gesetzgebungsakte.

ÜBERSICHT ÜBER DIE ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE ZU ARTIKEL 26

Streichung des Artikels

Einige Änderungsvorschläge zielen auf die Streichung dieses Artikels ab: 90 Kirkhope, 91 Kelam u.a., 92 Kaufmann und 93 Stockton.

Änderungsvorschläge im Zusammenhang mit den Änderungsvorschlägen zu Artikel 24

Vorsch. 95 Hübner u.a.: die betreffenden Rechtsakte sind der Durchführung der Verfassung vorbehalten und - gemäß dem Vorsch. 101 Michel u.a - auch den Durchführungsrechtsakten, und die Verordnung ist den delegierten Rechtsakten vorbehalten.

Vorsch. 97 Villepin u. a. 99 Duff u.a.: Folgeänderung, wenn den delegierten Rechtsakten Gesetzgebungscharakter zugewiesen wird.

Vorsch. 98 Costa und d'Oliveira: nur Beschlüsse können für die unmittelbare Durchführung der Verfassung herangezogen werden.

Sonstige Änderungsvorschläge:

Vorsch. 96 Lopes und Lobo Antunes und 103 Fini: alternativer Wortlaut.

Vorsch. 104 Bonde u.a.: Einführung einer "sunset clause" für die Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter.

Vorsch. 105 Berès, van Lancker: Einführung eines Verfahrens betreffend die Bedingungen für die Anwendung der delegierten Rechtsakte und für die wirtschaftspolitischen Leitlinien

ÜBERSICHT ÜBER DIE ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE ZU ARTIKEL 27

Streichung des Artikels

Einige Änderungsvorschläge zielen darauf ab, Artikel 27 zu streichen: 107 Kirkhope, 108 Kelam u.a., 109 Stockton und 110 Heathcoat-Amory.

Definition für delegierte Verordnung

In Vorsch. 114 Farnleitner wird die Bezeichnung in "delegierte Rechtsakte" geändert, da sie auch in Form einer Richtlinie erlassen werden können (siehe Vorsch. 16).

Durch die delegierte Verordnung werden Elemente des Gesetzgebungsakts ergänzt, der Akt selbst aber nicht geändert. Vorsch. 115 Hjelm-Wallén u.a., 120 Teufel und 123 Borrell u.a.. Vorsch. 118 Lopes und Lobo Antunes zielt auf das Gegenteil ab. Nach Vorsch. 121 De Vries und de Bruijn dient sie der Durchführung von Elementen des Aktes.

In einigen Änderungsvorschlägen werden Bereiche genannt, die nicht Gegenstand von delegierten Rechtsakten sein können: 116 Tiilikainen u.a. (Grundrechte), 125 Quieró (ausschließliche Gesetzgebungsbefugnis) und 127 Hain (GASP, Verteidigung und derzeitige dritte Säule).

Eine flexiblere Definition wird in den Änderungsvorschlägen 117 Andriukaitis u.a. und 122 Hübner u.a. vorgeschlagen.

Einige Änderungsvorschläge zielen darauf ab, den delegierten Rechtsakten Gesetzgebungscharakter zu verleihen: Vorsch. 111 Duff u.a. und 112 Villepin.

Bedingungen für die Anwendung

Einige Änderungsvorschläge zielen darauf ab, die Einzelheiten der Bedingungen für die Anwendung von Absatz 2 des Artikels in den zweiten Teil der Verfassung zu übernehmen: Vorsch. 112 Villepin und Vorsch. 127 Hain. Ein anderer Änderungsvorschlag zielt darauf ab, die Modalitäten für die Anwendung aus der Verfassung zu streichen; sie müssten jeweils im Einzelfall durch Gesetz geregelt werden: Vorsch. 128 Paciotti.

Andere Änderungsvorschläge zielen hingegen darauf ab, die Bedingungen für die Anwendung noch detaillierter auszuformulieren: Vorsch. 114 Farnleitner, 116 Tiilikainen u.a. und 119 Kohout.

Einige Änderungsvorschläge zielen darauf ab, den im ersten Gedankenstrich vorgesehenen Mechanismus der Widerrufung zu streichen: 117 Andriukaitis und 129 Berès.

Die Streichung der im dritten Gedankenstrich vorgesehenen "sunset clause" wird in den Vorsch. 117 Andriukaitis u.a., 118 Lopes und Lobo Antunes, 130 Fischer, 131 De Vries und de Bruijn, 132 Michel u.a., 133 Santer u.a. und 134 Fayot beantragt. In den Vorsch. 111 Duff u.a. und 135 Marinho, Van Lancker werden hingegen Alternativformulierungen vorgeschlagen. Die Vorsch. 129 Berès und 137 Schlüter zielen darauf ab, den zweiten Gedankenstrich des Absatzes, wonach der Rat

und das Europäische Parlament die Möglichkeit haben, Einwände zu erheben, genauer zu fassen.

Vorsch. 111 Duff u.a. zielt darauf ab, einen alternativen Kontrollmechanismus zu dem in Absatz 2 genannten Kontrollmechanismus für delegierte Rechtsakte vorzusehen.

Vorsch. 113 Kaufman sieht vor, dass eine Widerrufung in allen Fällen möglich ist, während die übrigen Bedingungen im Einzelfall im Gesetz geregelt werden müssen. Sowohl das Parlament als auch der Rat können sie unabhängig voneinander in Anspruch nehmen.

Vorsch. 136 Roche und 138 Azevedo und Nazaré Pereira beziehen sich ebenfalls auf die Bedingungen für die Anwendung.

Vorsch. 124 Fini zielt darauf ab, die Abstimmungsregeln in Bezug auf die Bedingungen für die Anwendung zu streichen

Anhörung

Eine Anhörung der nationalen Instanzen im Rahmen von delegierten Rechtsakten wird in den Vorsch. 139 Brok u.a., 141 Wittbrodt und Fogler und 137 Schlüter beantragt (einschließlich Zivilgesellschaft).

In Vorsch. 140 Chabert u.a. wird gefordert, dass für den delegierten Rechtsakt dieselben Anforderungen hinsichtlich der Anhörung von Organen gelten wie für das ihm zugrunde liegende Gesetz.

Laut Vorsch. 126 Dam Kristensen muss beim delegierten Rechtsakt die Rolle der Sozialpartner beachtet werden

ÜBERSICHT ÜBER DIE ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE ZU ARTIKEL 28

Grundsatz der Durchführung der Rechtsakte der Union durch die Mitgliedstaaten

Die Vorsch. 143 Kelam u.a. und 166 Fini zielen darauf ab, Absatz 1, der die Durchführung auf einzelstaatlicher Ebene betrifft, zu streichen.

In mehreren Änderungsvorschlägen wird unterstrichen, dass dem Grundsatz, wonach die Rechtsakte der Union von den Mitgliedstaaten durchgeführt werden, der Charakter einer allgemeinen Regel zukommt: Vorsch. 149 Farnleitner sowie die Vorsch. 164 Teufel und 148 Wuermeling und Altmaier (die eine Durchführung auf Ebene der Union als Ausnahme betrachten) und Vorsch. 165 Belohorská u.a. (die das Subsidiaritätsprinzip erwähnen).

Vorsch. 146 Lamassoure zielt darauf ab, eine Frist für die Durchführung durch die Mitgliedstaaten festzusetzen.

In den Vorsch. 147 Borrell u.a., 148 Wuermeling und Altmaier und 157 Fischer wird dieser Grundsatz umfassender definiert: es wird auf alle Maßnahmen der Mitgliedstaaten - nicht nur auf Rechtsakte - zur Durchführung der Rechtsakte der Union abgehoben.

Vorsch. 174 Bonde u.a. sieht vor, dass die Mitgliedstaaten nicht verpflichtet sind, einen Rechtsakt der Union durchzuführen, wenn sich das nationale Parlament dagegen ausspricht.

Durchführung der Rechtsakte auf Unionsebene

In den Vorsch. 144 Kirkhope und 150 Stockton wird die Möglichkeit einer Durchführung auf Unionsebene verneint.

In den Vorsch. 151 Hain und 159 Kohout werden flexiblere Formulierungen in Bezug auf die Durchführung auf Unionsebene vorgeschlagen.

Vorsch. 151 Hain zielt darauf ab, es zu ermöglichen, dass auch der Rat mit der Durchführung auf Unionsebene beauftragt werden kann, wenn es sich um Bereiche der derzeitigen dritten Säule handelt.

Vorsch. 156 Duff u.a. sieht vor, dass Durchführungsbefugnisse auf Agenturen übertragen werden können, Vorsch. 176 Gabaglio nennt die Sozialpartner.

Kontrollmodalitäten für Durchführungsrechtsakte

In einigen Änderungsvorschlägen wird präzisiert, dass es sich um Kontrollmodalitäten der Mitgliedstaaten handelt: Vorsch. 149 Farnleitner, 166 Fini, 167 Lopes und Lobo Antunes.

In mehreren Änderungsvorschlägen wird es abgelehnt, die Kontrollmodalitäten im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens festzulegen, und dem derzeitigen Verfahren der Vorzug gegeben:

Vorsch. 157 Fischer (mit qualifizierter Mehrheit), 160 Queiró, 168 Palacio, 169 Muñoz Alonso, 170 Roche und 171 Hjelm-Wallén u.a. Vorsch. 172 Villepin zielt darauf ab, die

Kontrollmodalitäten mit einem Organgesetz festzulegen. Hierauf zielt auch Vorsch. 145 Kaufmann ab, in dem ferner ein Evokationsrecht gefordert wird.

Mehrere Änderungsvorschläge wenden sich gegen die derzeitigen Komitologiemechanismen und zielen auf die Streichung von Absatz 3 ab: Vorsch. 152 Brok u.a. und 153 Wittbrodt und Fogler. Im gleichen Sinne zielen andere Änderungsvorschläge darauf ab, die Kontrollmechanismen ausschließlich auf beratende Ausschüsse zu beschränken: Vorsch. 166 Fini, 167 Lopes und Lobo Antunes, 154 Costa und d'Oliveria und 156 Duff u.a. Vorsch. 151 Hain zielt darauf ab, die Kontrollmodalitäten im Einzelfall in dem durchzuführenden Rechtsakt festzulegen. Vorsch. 143 Kelam u.a. sieht vor, dem Gesetzgeber die Möglichkeit zur Widerrufung zu geben (entsprechend Vorsch. 108, der darauf abzielt, auf delegierte Rechtsakte zu verzichten).

Rechtsinstrumente

Vorsch. 149 Farnleitner zielt darauf ab, den Hinweis auf die zu verwendenden Rechtsinstrumente zu streichen (16).

Vorsch. 155 Michel u.a. zielt darauf ab, die Rechtsinstrumente auf den Beschluss zu beschränken (entsprechend Vorsch. 17).

Sonstige Änderungsvorschläge

Vorsch. 142 Hübner u.a. zielt auf die Streichung des Artikels 28.

In den Änderungsvorschlägen 158 van der Linden u.a. und 173 Tiilikainen u.a. werden alternative Formulierungen vorgeschlagen.

ÜBERSICHT ÜBER DIE ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE ZU ARTIKEL 29

Streichung des Artikels, der die spezifischen Modalitäten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik betrifft: Vorsch. 177 Stockton, 178 Kirkhope.

Vorsch. 180 Hjelm-Wallén u.a. zielt darauf ab, die Besonderheiten auf alle Bereiche des außenpolitischen Handelns auszudehnen.

ÜBERSICHT ÜBER DIE ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE ZU ARTIKEL 30

Streichung des Artikels, der die spezifischen Modalitäten für die Gemeinsame Verteidigungspolitik betrifft: Vorsch. 181 Stockton, 185 Kirkhope und 184 Bonde und Seppänen (weil es keine Verteidigungspolitik geben darf) sowie Vorsch. 183 Tiilikainen u.a. und 182 Hjelm-Wallén u.a. (weil die Verteidigungspolitik zum außenpolitischen Handeln gehört).

ÜBERSICHT ÜBER DIE ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE ZU ARTIKEL 31

Streichung des Artikels, der die spezifischen Modalitäten der Politik in den Bereichen Polizei und Strafjustiz betrifft: Vorsch. 186 Stockton, 187 Lennmarker, 188 Costa und d'Oliveira, 189 Hjelm-Wallén u.a., 190 Tiilikainen u.a., 191 Wittbrodt und Fogler, 192 Brok u.a., 193 Duff u.a., 194 Voggenhuber u.a., 195 Duhamel u.a., 196 Kirkhope, 197 Michel u.a.

Gemeinsamer Änderungsvorschlag zu den drei Artikeln

Vorsch. 179 Azevedo und Nazaré Pereira betrifft die Artikel 29, 30 und 31 und zielt darauf ab, jede Ausnahme mit einer Übergangsklausel zu versehen: sobald eine bestimmte Frist überschritten ist, gelangt die allgemeine Vorschrift zur Anwendung.

ÜBERSICHT ÜBER DIE ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE ZU ARTIKEL 32

Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

Vorsch. 201 Lopes und Lobo Antunes zielt darauf ab, diesen Absatz zu streichen, weil er redundant ist.

Nach den Vorsch. 198 Kaufmann und 202 Teufel sollen die Instrumente in den Rechtsgrundlagen in Teil II festgelegt werden.

Die Vorsch. 200 Fischer, 205 Korcok u.a. und 206 Andriukaitis u.a. zielen darauf ab, zusätzlich einen Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip aufzunehmen.

Die Vorsch. 199 Kirkhope und 204 Stockton zielen darauf ab, die Wahl des Rechtsakts entsprechend den vorangegangenen Vorsch. dieser Konventsmitglieder (siehe Vorsch. 14 bzw. 25) zu beschränken.

Grundsatz, dass Rechtsakte begründet werden müssen

In Vorsch. 207 Hain wird eine alternative Formulierung vorgeschlagen, mit der eine größere Präzision angestrebt wird.

In den Vorsch. 209 Farnleitner, 210 Lequiller, 211 Fini und 212 Michel u.a. wird dieser Artikel an die vorangegangenen Änderungsvorschläge dieser Konventsmitglieder angepasst.

Sonstige Änderungsvorschläge

Vorsch. 208 Hjelm-Wallén u.a.: strebt die Aufnahme eines Grundsatzes der guten Abfassung und der Transparenz an.

Vorsch. 213 Duff u.a.: in einem Anhang zum Rahmengesetz müsste angegeben werden, wie jeder Mitgliedstaat das Rahmengesetz umzusetzen gedenkt.

Vorsch. 214 Jacobs: die Organe sollten die Selbstregulierung und die Ko-Regulierung fördern.

Zusammenziehung der Artikel 32 und 33 zu einem einzigen Artikel

Vorsch. 215 Villepin.

ÜBERSICHT ÜBER DIE ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE ZU ARTIKEL 33

Streichung des Artikels: 216 Hain. Übernahme des Artikels in Teil II der Verfassung:

Vorschl. 217 Kohout.

Nach den Vorschl. 218 Fayot, 219 Santer u.a. und 230 Kaufmann soll die EZB zu den Organen zählen, die Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter annehmen können.

Veröffentlichung der Entscheidungen, die sich an Adressaten richten: Vorschl. 229 Fischer, 230 Kaufmann und 231 De Vries und De Bruijn.

Zahlreiche Änderungsvorschläge zu diesem Artikel hängen damit zusammen, dass er an Änderungsvorschläge zu den vorangehenden Artikeln angepasst werden muss: 220 Kirkhope, 221 Stockton, 223 Lequillier, 224 Farnleitner und 235 Fini (was den Katalog der Rechtsakte der Union und deren Bezeichnung anbelangt) sowie 225 Duff u.a., 226 Meyer, 227 Voggenhuber u.a., 228 Duhamel u.a. und 234 Michel u.a. (was ferner den Umstand anbelangt, dass alle Ausnahmen vom Gesetzgebungsverfahren im Hinblick auf die Annahme von Gesetzen und Rahmengesetzen gestrichen werden).

Vorschl. 222 Pieters bezieht sich darauf, dass die Rechtsakte in allen Amtssprachen veröffentlicht werden.

Vorschl. 236 De Vries und De Bruijn ist redaktioneller Art.
